Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

43. Sitzung (01.08.1919)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Visual Library

43. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 1. August 1919.

Gegenwärtig:

als Vertreter der Regierung: Staatspräsident Geiß, Minister des Kultus und Unterrichts Hummel, Minister des Innern Remmele, Justizminister Trunk, Staatsrat Köhler, die Ministerialdirektoren Geh. Oberfinanzrat Moser und Dr. Fuchs, Ministerialrat Föhrenbach und Oberamtmann Frhr. von Gemmingen; sodann die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abgg. Dietrich, Hamann, Helffrich, Kieslich, Kräuter, Mayer-Karlsruhe, Otto, Rückert, Schell, Schön, Venedey, Weißmann, Dr. Wirth und Dr. Zehnter.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Kopf.

Tagesordnung:

Behandlung Kurzer Anfragen.

Sodann:

1. **Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, Nachtrag zu dem Gesetze, die Feststellung des Staatshaushaltsetats für 1918 und 1919 betr.** (vergl. Drucks. Nr. 17 e),
   Berichterstatter Abg. Marum.
2. **Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, die Änderung des Volksschulgesetzes betr.** (Drucks. Nr. 19 b),
   Berichterstatter Abg. Stockinger.
3. **Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. König u. Gen., die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in Baden betr.** (Drucks. Nr. 8 h).
4. **Berichte der Petitionskommissionen und Beratung über die Petitionen**
   a. **des K. Rittmann in Ittersbach um Rechtshilfe,**
   Berichterstatter Abg. Spang;
   b. **des F. X. Klauser, angeblich Beauftragter der Freiburger Stellenvermittler, das Stellenvermittlungsgewerbe betr.,**
   Berichterstatter Abg. Mast;
   c. **des Kriegsteilnehmers E. Schäfer in Meßkirch um Beistand zur Erlangung des badischen Kriegsverdienstkreuzes,**
   Berichterstatter Abg. Roth;
   d. **des Kriegsinvaliden E. Heim in Unterdettingen um Beistand zur Erlangung der Invalidenrente,**
   Berichterstatter Abg. Roth;
   e. **von kaufmännischen Angestellten des Kohlengroßhandels aus Lörrach mit einem Protest gegen die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft,**
   Berichterstatter Abg. Mast;
   f. **der christlich und Hirsch-Dunkerisch organisierten Arbeiter der Firma Brown, Boveri & Cie. in Mannheim wegen Kränkung und Verletzung ihrer Staatsbürgerrechte durch sozialdemokratisch organisierte Arbeiter und durch Verjagung des zuletzt angerufenen Ministeriums,**
   Berichterstatter Abg. Albiez;
   g. **des Soldatenrats der Reserve-Lazarettabteilung Friedrichsheim mit einem Hilferuf und Protest der Kranken daselbst gegen die Verlegung des Lazaretts nach dem Erholungsheim Bad Sulzburg samt Bericht der eingesetzten Fünferkommission,**
   Berichterstatter Abg. Albiez;
   h. **des Verwalters F. Stolzenberg in Bruchsal um Beistand zur Erlangung rückständiger Militärrente,**
   Berichterstatter Abg. Frhr. von Gleichenstein;
   i. **der Bezirksgruppe Adelsheim—Boxberg des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer um Befreiung der Kriegsblinden von der Hundsteuer,**
   Berichterstatter Abg. Frhr. von Gleichenstein;
   k. **des zuruhegesetzten Werkführers L. Borho in Offenburg um Erhöhung seines Ruhegehalts,**
   Berichterstatter Abg. Spang;
   l. **des Reichsausschusses für akademische Berufsstände, den Ausschluß weiblicher Studierender vom Studium an der Universität betr.,**
   Berichterstatterin Abg. Weber-Heidelberg.
5. **Wahl des Landständischen Ausschusses** (§ 47 Verf. und § 20 der neuen Gesch.-Ord.).
6. **Wahl des Archivars** (§ 86 der neuen Gesch.-Ord.).
7. **Bestimmung der in dieser Tagung unerledigt gebliebenen Gegenstände, deren Erledigung der Landtag für die nächste Sitzungsperiode sich vorbehalten will** (§ 36 der neuen Gesch.-Ord.).

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die Sitzung wird eröffnet um ¼10 Uhr.

Eingegangen ist ein Urlaubsgesuch des Abg. Weißmann wegen dringender berufl. Verhinderung.

Der Urlaub wird erteilt.

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung kommen Kurze Anfragen zur Erledigung, und zwar werden verlesen:

1. Durch den Abg. Martzloff eine Anfrage der Abgg. Martzloff u. Gen., lautend:

   „Ist der Regierung bekannt, daß in Freiburg Petroleum zum Wucherpreis von 2,50 ℳ das Liter verkauft wird? Was gedenkt die Regierung zu tun, um diesem Mißstand abzuhelfen, und ist die Regierung in der Lage, Kerzen und Petroleum zu einem billigen Preis an die Bevölkerung abzugeben?"

2. Durch den Abg. Martzloff folgende weitere Anfrage der Abgg. Martzloff u. Gen.:

   „Ist der Regierung bekannt, daß gegen den Verwalter Becker des Landesbades in Baden-Baden seit 8 Monaten wegen grober Unregelmäßigkeiten im Amt ein gerichtliches Verfahren schwebte und daß die Staatsanwaltschaft dasselbe einstellte?

   Was gedenkt die Regierung zu tun, damit die Verfehlungen ihre Sühne finden?

   Gedenkt die Regierung Becker wieder in sein früheres Amt einzusetzen?"

3. Durch den Abg. Odenwald eine Anfrage der Abgg. Massa und Odenwald, lautend:

   „Ist der Regierung bekannt, daß holländische Fischereigenossenschaften sich bei den Kommunalverbänden durch Rundschreiben darüber beklagen, daß die Reichsfischversorgung G. m. b. H. in Berlin, welche das alleinige Einfuhrrecht nach Deutschland besitzt, ihnen nur ganz unbedeutende Mengen von Fischen abnimmt, obwohl die geforderten und mitgeteilten Preise sich trotz des Tiefstandes der Valuta weit unter den einheimischen Preisen bewegen?

   Die holländischen Fischereigenossenschaften könnten deshalb nur einen kleinen Teil ihrer seinerzeit wegen der großen deutschen Nachfrage nach Fischen gebauten Fischdampfer in Fahrt setzen.

   Seitens der Reichsgesellschaft wird entgegen der Tatsache eines großen Mangels die ablehnende Haltung damit begründet, daß die Fische in Deutschland kaum abgesetzt werden könnten, weil der einheimische Fang so bedeutend wäre.

   Ist nun die Regierung bereit, mit aller Energie in Berlin dafür einzutreten, daß die freie Einfuhr von Fischen aus Holland zugelassen wird im Interesse einer besseren und billigen Versorgung unseres Landes mit frischen Seefischen?"

Jede dieser drei Anfragen wurde unmittelbar nach der Verlesung von dem Minister des Innern Remmele beantwortet.

Der Präsident gibt alsdann ein Schreiben des Ministeriums des Innern über die Aufbewahrung der nach § 10 Abs. 1 des Gesetzes vom 28. März 1919, die Volksabstimmung über die Verfassung vom 21. März 1919 und über die Fortdauer der Nationalversammlung als ordentlicher Landtag betr., in den einzelnen Abstimmungsbezirken angefertigten Niederschriften und abgegebenen Stimmzettel bekannt.

Das Haus erklärt sein Einverständnis damit, daß von einer ferneren Aufbewahrung abgesehen wird.

Hierauf wird in die

Tagesordnung

eingetreten.

Ziffer 1: Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, Nachtrag zu dem Gesetze, die Feststellung des Staatshaushaltsetats für 1918 und 1919 betr. (Drucks. Nr. 17 e).

Der Berichterstatter Abg. Marum verzichtet auf neue Ausführungen.

Der Präsident ruft Überschrift und Einleitung sowie die beiden Artikel des Gesetzentwurfs auf. Niemand ergreift das Wort.

Die darauf folgende Abstimmung ergibt die einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs in der bei der ersten Beratung beschlossenen Fassung.

Ziffer 2: Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Änderung des Schulgesetzes (Drucks. Nr. 19 b).

Berichterstatter ist der Abg. Stockinger.

Der Verlauf der Beratung und Abstimmung ist derselbe, wie bei Ziffer 1.

Es folgt

Ziffer 3: Interpellation der Abgg. König u. Gen., die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in Baden betr. (Drucks. Nr. 8 h).

Abg. König begründet, Ministerialdirektor Dr. Fuchs beantwortet die Interpellation.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Ein Antrag des Abg. Weißhaupt auf Besprechung der Interpellation wird auf Widerspruch aus der Mitte des Hauses wieder zurückgezogen.

Der Präsident macht hierauf die Mitteilung, daß die Regierung bereit sei, auch die Interpellation der Abgg. Spengler und Gen., die Lebensmittelfürsorge, hier den Mangel an Kleidungs- und Webstoffen betr. (Drucks. 9e), zu beantworten. Dieselbe wird aber von den Interpellanten zurückgezogen.

Nunmehr folgt

Ziffer 4: eine Reihe von Berichten der Petitionskommission über Petitionen, und zwar:

a. Pet. des K. Rittmann in Ittersbach um Rechtshilfe.

Abg. Spang erstattet den Bericht und stellt den Antrag,

die Petition durch die Auskunft der Regierung für erledigt zu erklären.

In der eröffneten Beratung ergreift niemand das Wort; der Kommissionsantrag wird für angenommen erklärt.

b. Pet. des F. X. Klauser in Freiburg in Betreff der Stellenvermittlung.

Abg. Mast erstattet den Bericht und stellt den Antrag:

1. das Verlangen des Klauser auf Aufhebung der Verordnung des Staatskommissärs für die wirtschaftliche Demobilmachung vom 22. Januar 1919 abzulehnen;
2. die Bitte auf Entschädigung und Fürsorge für die erwerbslos Gewordenen als durch die Regierungserklärung erledigt zu erklären.

In der eröffneten Beratung erhalten das Wort die Abgg. Mast, Richter, Ministerialdirektor Dr. Fuchs, die Abgg. Kiefer, Mast, Siebert und Ministerialdirektor Dr. Fuchs.

Darauf wird die Beratung geschlossen; das Schlußwort wird nicht begehrt. Der Kommissionsantrag wird für angenommen erklärt.

c. Pet. des Kriegsteilnehmers E. Schäfer in Meßkirch um Beistand zur Erlangung des bad. Kriegsverdienstkreuzes.

Abg. Roth berichtet und stellt den Antrag,

die Petition durch die Mitteilung der Regierung, wonach der Bittsteller für den Fall der nachträglichen Verleihung von Auszeichnungen vorgemerkt ist, für erledigt zu erklären.

In der eröffneten Beratung ergreift niemand das Wort; der Kommissionsantrag wird für angenommen erklärt.

d. Pet. des Kriegsinvaliden E. Heim in Unterdettingen um Beistand zur Erlangung der Invalidenrente.

Abg. Roth berichtet auch darüber und stellt den Antrag,

die Regierung zu ersuchen, bei derartigen Fällen die in Betracht kommenden Aemter anzuweisen, auf Reklamationen und Anfragen über den Stand des Verfahrens u. dergl. zu antworten, da die Nichtbeantwortung immer eine große Beunruhigung und Verärgerung bei den Beteiligten hervorruft; im übrigen die Petition durch die Antwort der Regierung für erledigt zu erklären.

Der weitere Verlauf ist derselbe, wie bei c.

e. Pet. von kaufmännischen Angestellten des Kohlengroßhandels aus Lörrach mit einem Protest gegen die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft.

Abg. Mast berichtet und stellt den Antrag,

die Petition durch die Erklärung der Regierung für erledigt zu erklären.

Verlauf im übrigen wie bei c.

f. Pet. der christlich und Hirsch-Dunkerisch organisierten Arbeiter der Firma Brown, Boveri & Co. in Mannheim wegen Kränkung und Verletzung ihrer Staatsbürgerrechte durch sozialdemokratisch organisierte Arbeiter und durch Versagung des zuletzt angerufenen Ministeriums.

Abg. Albietz berichtet und stellt den Antrag,

die Petition durch die Maßnahmen der Regierung und die Beseitigung der Mängel als erledigt zu betrachten.

Verlauf im übrigen wie bei c.

g. Pet. des Soldatenrats der Reserve-Lazarettabteilung Friedrichsheim mit einem Hilferuf und Protest der Kranken daselbst gegen die Verlegung des Lazaretts nach dem Erholungsheim Bad Sulzburg samt Bericht der eingesetzten Fünferkommission.

Auch darüber berichtet Abg. Albietz und stellt den Antrag,

die Eingaben durch die getroffenen Maßnahmen für erledigt zu erklären.

Verlauf im übrigen wie bei c.

h. Pet. des Verwalters F. Stolzenberg in Bruchsal um Beistand zur Erlangung rückständiger Militärrente.

Abg. Frhr. v. Gleichenstein erstattet den Bericht und stellt den Antrag,

die Petition durch die erfolgte Anweisung der rückständigen Versorgungsgebührnisse für erledigt zu erklären.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Verlauf im übrigen wie bei c.

i. Pet. der Bezirksgruppe Adelsheim-Boxberg des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer um Befreiung der Kriegsblinden von der Hundstaxe.

Auch hier berichtet der Abg. Frhr. v. Gleichenstein und stellt den Antrag,

die Petition der Regierung empfehlend zu überweisen, um damit die Grundlage zu geben zur Erlassung der geplanten Verordnung.

Verlauf im übrigen wie bei c.

k. Pet. des zuruhegesetzten Werkführers L. Borho in Offenburg um Erhöhung seines Ruhegehaltes.

Abg. Spang berichtet darüber und stellt den Antrag, die Petition der Regierung in dem Sinne zur Kenntnisnahme zu überweisen, daß diese dem Bittsteller, wenn er mit Bittgesuchen an sie herantritt, Beihilfen gewähren möchte.

Verlauf im übrigen wie bei c.

l. Pet. des Reichsausschusses für akademische Berufsstände, den Ausschluß weiblicher Studierender vom Studium an der Universität betr.

Hier berichtet die Abg. Weber-Heidelberg und stellt den Antrag,

die Petition durch die Maßnahme der Regierung für erledigt zu erklären.

Verlauf im übrigen wie bei c.

Es folgt

Ziffer 5 der Tagesordnung: Wahl des Landständischen Ausschusses.

Präsident Kopf verliest die einschlägigen Bestimmungen (§ 47 der Verf. u. § 20 der neuen Geschäftsord.) und bemerkt im Benehmen mit dem Ausschuß der Vertrauensmänner, daß es sich empfehle, den Landständischen Ausschuß, der vor dem Schluß jeder Tagung zu wählen ist, fürsorglich jetzt schon zu bestellen, obwohl die nochmalige Einberufung des Landtags vor dem eigentlichen Schluß der Tagung nicht ausgeschlossen sei.

Abg. Dr. Schofer ergreift das Wort, um mitzuteilen, daß die Parteien sich zur Vermeidung einer förmlichen Wahl geeinigt hätten, durch Zuruf folgende Abgeordnete — außer dem Präsidenten Kopf als gesetzlichem Mitglied — in den Ausschuß zu delegieren:

seitens der Zentrumspartei die Abgg. Dr. Schofer, Dr. Zehnter und Duffner, als Stellvertreter die Abgg. Wiedemann, Seubert, Siebert und Goerlacher, letzteren für den Fall, daß der Präsident etwa verhindert wäre, als viertes Mitglied der Zentrumsfraktion;

von der Sozialdemokratischen Partei die Abgg. Marum, Strobel und Maier-Heidelberg, als Stellvertreter die Abgg. Dr. Kraus, Martzloff und Müller-Baden,

von der Deutschen demokratischen Partei die Abgg. König und Muser, als Stellvertreter die Abgg. Goehring und Dr. Glockner,

von der Deutsch-Nationalen Volkspartei Abg. Mayer-Karlsruhe, als Stellvertreter Abg. Habermehl.

Gegen die Wahl durch Zuruf wird von keiner Seite Einwand erhoben. Dagegen äußert der Abg. Dr. Glockner Zweifel, ob die Entsendung eines Stellvertreters auf diesem Wege für den Präsidenten in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses statthaft sei und ob nicht vielmehr der I. Vizepräsident des Landtags auch im Ausschuß den Präsidenten als Vorsitzenden zu vertreten habe. Die daran sich anschließende Geschäftsordnungsdebatte, an welcher sich außer dem Präsidenten Kopf weiter die Abgg. Dr. Schofer, Marum und Wittemann beteiligen, hat das Ergebnis, daß das Haus der Meinung des Abg. Dr. Glockner beitritt, so daß der Abg. Goerlacher den etwa verhinderten Präsidenten Kopf nur in seiner Eigenschaft als Mitglied (nicht als Vorsitzenden) des Ausschusses zu vertreten hat.

Der Präsident regt noch an, daß bei der endgültigen Beratung der Geschäftsordnung die zutage getretene Unstimmigkeit gehoben werde, und erklärt den Vorschlag auf Wahl durch Zuruf und den Personalvorschlag in obigem Sinne für angenommen.

Es folgt:

Ziffer 6 der Tagesordnung: Wahl des Archivars.

Präsident Kopf führt aus:

Es ist Ihnen allen bekannt, daß unser langjähriger hochverdienter Archivar, Herr Direktor Roth, um seine Zuruhesetzung gebeten und dieselbe auf 1. April nächsten Jahres erhalten hat. Wir alle bedauern das Ausscheiden dieses hochverdienten Mannes, den wir ja alle aus seiner Berufstätigkeit seit langem kennen. Herr Roth ist im Jahre 1896 gewählt worden; er hat im Sommer des Jahres 1897 seinen Dienst angetreten. Er hat also volle 22 Jahre die Stellung des Archivars in der Zweiten Kammer, nachher in der Nationalversammlung und zuletzt im Landtage bekleidet. Wer mit ihm irgendwie zu tun gehabt hat, insbesondere alle Abgeordneten, die neben ihm zu arbeiten Gelegenheit hatten, sind darüber einig, daß er seines Amtes mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit, mit unübertrefflicher Pflichttreue, unermüdlicher Arbeitsfreudigkeit und hervorragender Sachkenntnis gewaltet hat. Jeder von uns hat sich tagtäglich überzeugen können von seiner steten Hilfsbereitschaft, von seiner Freundlichkeit und von seiner ungewöhn-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

lichen Sachkenntnis auf allen Gebieten, die uns hier beschäftigen. Er war und ist der Typus des absolut zuverlässigen, pflichttreuen und allen Anforderungen seines zweifellos sehr schweren Dienstes in jedem Betracht gewachsenen Beamten. Ich glaube, wir alle bedauern seinen Austritt; wir können aber auch alle sagen: Wir gönnen ihm die wohlverdiente Ruhe, die er in einem arbeitsreichen, pflichttreuen Leben sich verdient hat, und wir hoffen und wünschen, daß ihm ein langer, sonniger Lebensabend beschieden sein möge.

Der Präsident verliest hierauf die auf die Bestellung des Archivars (jetzt Direktors) bezügliche Bestimmung in § 86 der neuen Geschäftsordnung und läßt die von ihm aus der Reihe der 18 Bewerber aufgestellte Vorschlagsliste zur Verteilung bringen mit dem Ersuchen, daß jeder Abgeordnete den Namen desjenigen Bewerbers, den er wählen will, durch Unterstreichung kenntlich machen möge. Dabei bemerkt der Präsident bezüglich eines Bewerbers und Vorgeschlagenen, daß er geglaubt habe, ihn noch mit in Betracht ziehen zu sollen, obwohl die Bewerbung erst nach Ablauf der in seinem Ausschreiben festgesetzten Frist eingegangen war.

Die Wahlkommission besteht aus dem Präsidenten und den beiden diensttuenden Schriftführern.

Die durch die Verteilung und Wiedereinsammlung der Vorschlagsliste entstehende Pause benützt der Präsident zur Einladung der Mitglieder des Landständischen Ausschusses zur ersten Sitzung unmittelbar nach Schluß der jetzigen öffentlichen Sitzung und ferner zur Erledigung der folgenden Kurzen Anfrage des Abg. Richter, die dieser verliest:

„In unmittelbarer Nähe des Lahrer Offizierkasinos wurden in letzter Woche einige Hundert so vollständig verdorbene Laibe Brot aufgefunden, daß selbige nicht einmal mehr zu Viehfutter brauchbar sind. Derartiger Mißbrauch menschlicher Nahrung wirkt auf die Bevölkerung ungeheuer aufreizend.

Was gedenkt die Regierung zu tun, um gegen derartige Vorkommnisse einzuschreiten und die Bestrafung der Schuldigen herbeizuführen?"

Staatspräsident Geiß gibt hierauf die einstweilige Auskunft, daß die Regierung zur eigentlichen Beantwortung der Anfrage noch nicht in der Lage sei, da noch Erhebungen in der Sache im Gange seien.

Hierauf wird zur Feststellung des Ergebnisses der Archivars-(Direktors-)Wahl geschritten.

Die von dem Präsidenten vorgeschlagenen Bewerber sind folgende:

1. Batz Heinrich, Oberkanzleirat beim Justizministerium,
2. Bechtel Martin, Rechnungsrat bei der Oberrechnungskammer,
3. Bihlmann Karl, Oberrechnungsrat beim Justizministerium,
4. Hochschild Max, Oberverwaltungssekretär beim Landtag,
5. Hurst Anton, Oberjustizsekretär beim Notariat Bühl,
6. Seiberlich Friedrich, Kammerstenograph und Kirchensteuererheber hier.

Die Zahl der abgegebenen Stimmen beträgt 82. Davon haben erhalten:

Oberverwaltungssekretär Hochschild	49
Oberjustizsekretär Hurst	33

Der erstere ist somit gewählt.

Nunmehr folgt

Ziffer 7 der Tagesordnung: Bestimmung der in dieser Tagung unerledigt gebliebenen Gegenstände, deren Erledigung der Landtag für die nächste Sitzungsperiode sich vorbehalten will (§ 36 der neuen Geschäftsordnung).

Dazu gibt zunächst Präsident Kopf folgende

Geschäftsübersicht.

In diesem Landtag bezw. in der Nationalversammlung, als welche die Tagung begonnen hat, wurden im ganzen 43 öffentliche Sitzungen abgehalten.

Kommissionssitzungen haben stattgefunden:

1. in der Haushaltskommission	48,
2. in der Petitionskommission	9,
3. in der Geschäftsordnungskommission	16,
4. in der Kommission für Justiz und Verwaltung	19,
5. in der Verfassungskommission	54,
zusammen	146.

Daraus ergibt sich, daß der Schwerpunkt der Tagung in den Kommissionsverhandlungen geruht hat. Wiederholt mußten, weil die Hauptarbeit in den Kommissionen war, die Plenarsitzungen vertagt werden. So waren größere Pausen vom 16. bis zum 30. Januar, dann vom 1. Februar bis zum 4. März, vom 16. April bis zum 7. Mai, vom 8. bis 16. Mai, dann wieder vom 17. Mai bis 11. Juni und vom 14. bis 24. Juni, ebenso vom 9. bis 22. Juli.

Es sind eingegangen:

a. Gesetzentwürfe der Regierung, provisorische Gesetze, Nachträge zum Staatsvoranschlag, Rechnungsnachweisungen und sonstige Regierungsvorlagen im ganzen	31,
b. selbständige Anträge	23,
c. Interpellationen	56,
d. Kurze Anfragen	48,
im ganzen also Eingänge (ohne Petitionen)	158.

Davon sind unerledigt geblieben: von den Regierungsvorlagen ein Gesetzentwurf, das ist das sogenannte Siedelungsgesetz, von den Anträgen aus dem Hause 17, Interpellationen 12 und Kurze Anfragen 4.

An Petitionen sind eingegangen im ganzen . 194.

Davon wurden zugeteilt:

a. der Petitionskommission 81,
b. der Haushaltskommission 60,
c. der Kommission für Justiz und Verwaltung . . . 18,
d. der Verfassungskommission 35,

Erledigt wurden 72,

und zwar durch

a. empfehlende Ueberweisung 5,
b. Überweisung zur Kenntnisnahme 3,
c. Übergang zur Tagesordnung 14,
d. anderweitige Beschlüsse 48,
e. Behandlung nach § 48 der Geschäftsordnung . . 2.

Zurückgezogen wurde eine, unerledigt geblieben sind 121 Petitionen.

Übergehend zum eigentlichen Gegenstand der Beratung bemerkt der Präsident sodann, daß vorweg für die nächste Sitzungsperiode in Betracht kämen:

1. der Entwurf einer neuen Geschäftsordnung, der vorläufig und vorbehaltlich der endgültigen Beratung bereits in Kraft gesetzt worden ist (Drucks. Nr. 45);
2. der aus der Mitte des Hauses hervorgegangene und in der ersten Bearbeitung (durch den Abg. Wittemann) vorliegende Wahlgesetzentwurf (vorerst ohne Nr.);
3. der oben erwähnte Entwurf eines Gesetzes, betr. Enteignung zu Siedelungszwecken (Drucks. Nr. 15 b).

Weiter kommen in Betracht:

a. Selbständige Anträge und zwar:

1. der Abgg. Müller = Karlsruhe u. Gen., die Überführung der badischen Staatseisenbahnen in die Verwaltung des Reiches betr. (Drucks. Nr. 5 c),
2. der Abgg. Müller = Karlsruhe und Gen., die Schaffung von Reichseisenbahnen betr. (Drucks. Nr. 5 d),
3. der Abgg. Dr. Dietz u. Gen., die Vergesellschaftung der Standesherrschaften betr. (Drucks. Nr. 8 d),
4. der Abgg. Schön und Gen., die Zuchttierhaltung betr. (Drucks. Nr. 8 i),
5. der Abgg. Fischer = Meißenheim und Gen., die Lebensmittelfürsorge, hier den Verkehr mit Tabak betr. (Drucks. Nr. 9 f),
6. der Abgg. Neck und Gen., den Wildpark im Hardtwald betr. (Drucks. 33),
7. der Abgg. Neck und Gen., die Jagd im Hardtwald betr. (Drucks. Nr. 33 a),
8. der Abgg. Weber = Heidelberg und Gen., die religiöse Erziehung der Kinder betr. (Drucks. Nr. 37),
9. der Abgg. Beyerle und Gen., die Erhöhung der Kriegshinterbliebenenbezüge betr. (Drucks. Nr. 40),
10. der Abg. Marum u. Gen., Ausbruch, Fortsetzung und Abschluß des Krieges betr. (Drucks. Nr. 46);

b. Förmliche Anfragen*) und zwar:

1. der Abgg. Heurich und Gen., den Schutz der jugendlichen Arbeiter betr. (Drucks. Nr. 7 e),
2. der Abgg. Hahn und Gen., die Mißstände im Lehrlingswesen betr. (Drucks. Nr. 7 f).
3. der Abgg. Venedey und Gen., die Aufteilung des Großgrundbesitzes betr. (Drucks. 8 c),

Zu der ebenfalls noch unerledigten Kurzen Anfrage der Abgg. Massa und Gen., die Textilwarenbestände der Heeresverwaltung betr., erklärt Abg. Massa:

„Die Stellung einer Kurzen Anfrage hat natürlich nur dann einen Zweck, wenn sie sofort beantwortet wird. Nachdem unsere Anfrage in dieser Tagung nicht erledigt worden ist, verzichten wir auf eine Hinübernahme in die neue Session und begnügen uns mit einer schriftlichen Antwort."

Betreffs der noch unerledigten Petitionen erklärt zunächst im Namen der Petitionskommission deren Schriftführer Abg. Fehn, daß die Kommission beschlossen habe, alle ihr überwiesenen und unerledigt gebliebenen Petitionen in die neue Sitzungsperiode hinüberzunehmen.

Weiter erklärt infolge einer Anregung der Abg. Siebert der Vorsitzende der Verfassungskommission Abg. Dr. Glockner:

„Die Bitte des Landesausschusses des Katholischen Frauenbundes, des Landesverbands der Evangelischen Frauenvereine und der weiblichen Abgeordneten der Zentrumsfraktion des Badischen Landtags um Ergänzung des Gesetzes vom 9. Oktober 1860, die Ausübung der Erziehungsrechte, hier die Religion der Kinder betr. — das ist das, was Frau Abg. Siebert eben meinte — ist dem Verfassungsausschuß zugewiesen worden und soll nach der Besprechung, die heute früh im Verfassungsausschuß stattgefunden hat, in die neue Sitzungsperiode mit hinübergenommen werden, ebenso allerdings auch der Antrag der Frau Abg. Weber = Heidelberg und der anderen weiblichen Mitglieder des Hauses über die religiöse Erziehung der Kinder, Drucks. Nr. 37 (s. oben).

Dann aber kommen von den dem Verfassungsausschuß vorliegenden Sachen noch einige andere in Frage, die auch zur Erledigung erst in der nächsten Sitzungsperiode gebracht werden sollen, nämlich eine erst in den letzten Tagen eingekommene Vorstellung des Evangelischen Oberkirchenrats und des Oberrats der Israeliten über die Abänderung des Ortskirchensteuergesetzes und eine Vorstellung des Verbandes der Privatschulen Badens, die Regelung des Privatschulwesens betr., mit einer ergänzenden Eingabe, die später eingekommen ist."

Die Kommission für Justiz und Verwaltung beantragt, von den ihr zur Vorberatung überwiesenen Gegenständen die

*) Auf besonderen Wunsch der Fragesteller, obwohl die Gesch.-Ord. die Hinübernahme von Anfragen nicht kennt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

folgenden Gesuche und Beschwerden auf den nächsten Landtag zu übernehmen:

1. Eingabe des Ausschusses für Volksaufklärung, die Beschlagnahme der Kriegsgewinne betr.;
2. Resolutionen zum Heimstättengesetz von
   a. dem Deutschen Bauarbeiterverband, Bezirksvereine Karlsruhe, Baden und Freiburg,
   b. der Gartenstadt Grünwinkel,
   c. einer Versammlung von Interessenten in Karlsruhe,
   d. dem Bezirksverein Lahr im Deutschen Buchdruckerverband;
3. Bitte der Handelsgenossenschaft Wertheim um Einschränkung des Verbots der Sonntagsarbeit;
4. Vorschläge des Dr. Hug in Seeheim zur Versorgung der Kriegsbeschädigten etc.;
5. Petition der Vereinigung der Rechtspraktikanten um Förderung ihrer Bestrebungen.

Weitere Anträge oder Anregungen liegen nicht vor; der Präsident erklärt als Beschluß des Hauses, die Erledigung der oben aufgeführten Regierungsvorlage, Anregungen aus der Mitte des Hauses sowie Gesuche und Beschwerden für die folgende Sitzungsperiode vorzubehalten.

Daran anschließend regt der Präsident auf Wunsch des Ausschusses der Vertrauensmänner noch an, für den Fall, daß die nochmalige Einberufung des Landtags während dieser Sitzungsperiode — d. i. bis zum 15. Oktober 1919 — nicht notwendig wird, einen Beschluß dahin zu fassen, daß die Vollversammlung des Landtags in der nächsten Sitzungsperiode etwa am 4. November 1919 wieder einberufen werden soll, und daß ferner die jetzige Verfassungskommission ermächtigt werden soll, schon vorher — am 15. oder 16. Oktober — zusammenzutreten, um die ihr bereits zugewiesenen Gegenstände zur Beratung durch den neuen Landtag vorzubereiten. Demgemäß wird beschlossen, und zwar lautet mit Rücksicht darauf, daß normalerweise mit dem Ende der Sitzungsperiode auch die Ausschüsse derselben aufgelöst werden, der Beschluß nach einem Vorschlag des Abg. Dr. Glockner wie folgt:

„Die Verfassungskommission in ihrer derzeitigen Zusammensetzung wird hiermit durch Beschluß des Hauses beauftragt, schon vor dem Zusammentritt der Vollversammlung der nächsten Sitzungsperiode zusammenzutreten und die ihr zugewiesenen Arbeiten einer Vorberatung zu unterziehen, um dann gleich dem Plenum, wenn es am 4. November zusammentritt, Bericht erstatten zu können."

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Der Präsident würdigt nochmals Umfang und Bedeutung dieser Tagung, insbesondere der gesetzgeberischen Tätigkeit derselben, und fährt dann fort:

„Während unserer Tagung ist insofern eine für das deutsche Volk bedeutungsvolle Änderung eingetreten, als der Friedensvertrag endlich zustande gekommen ist. Es war allerdings ein sehr trauriger Frieden, unter dem das deutsche Volk für Generationen schwer zu seufzen haben wird. Gestern ist auch die Reichsverfassung angenommen worden. Wir wollen nun hoffen, daß damit nicht bloß eine neue, sondern auch eine aufsteigende, unseren politischen und wirtschaftlichen Tiefstand abschließende Epoche für das deutsche Volk beginnt, und daß sich die beiden Verfassungen, die badische und die Reichsverfassung, als eine brauchbare und dauerhafte Grundlage zur Neuaufrichtung unseres deutschen Volks- und Staatswesens bewähren werden.

Wir schließen allerdings die heutige Tagung mit dem Gefühl, daß wir nach wie vor noch in unsicheren Zeitläuften uns bewegen. Noch haben die Streiks kein Ende, noch gährt es in allen Ecken, noch herrscht die Nahrungsmittelnot und die Teuerung, noch sind wir nicht in der Lage, die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Volkes auf dem internationalen Markt zu eröffnen und die Konkurrenz mit den anderen Völkern aufzunehmen, weil Ruhe und Ordnung noch nicht in allen Teilen unseres Vaterlandes herrschen. Wir hegen aber das Vertrauen, daß diese großen grundlegenden Arbeiten des Reichstags und des Landtags den Ausgangspunkt bilden werden für eine Besserung unserer Verhältnisse, und wir wollen deshalb auseinandergehen mit der Hoffnung, daß die Lage des deutschen Volkes nicht hoffnungslos ist und daß wir doch besseren Zeiten entgegengehen.

Unsere Beratungen sind getragen gewesen — das kann ich beim Rückblick auf unsere sechseinhalbmonatliche Tätigkeit hervorheben — vom Geiste der Mäßigung und Sachlichkeit, des Sichverstehenlernens, und wir wollen hoffen, daß sie in dieser Hinsicht dem deutschen, besonders dem badischen Volke als Vorbild dienen mögen."

Hierauf nimmt Abg. Marum das Wort zu folgender Ansprache:

„Im Auftrage aller Parteien des Hauses bleibt es mir noch übrig, dem Herrn Präsidenten den Dank des Hauses für die Art und Weise seiner Geschäftsführung auszusprechen. Die Erklärung, die der Herr Präsident seinerzeit bei der Übernahme des Amtes abgegeben hat, hat er wahr gemacht: Er hat die Geschäfte des Hauses durch außerordentlichen Arbeitseifer und Fleiß in jeder Weise gefördert, er hat vor allen Dingen aber sein Amt mit Gerechtigkeit und Unparteilichkeit geführt, das muß von allen Seiten des Hauses anerkannt werden. Er hat aber auch mit außerordentlicher Güte und Nachsicht gegenüber den einzelnen Kollegen und Kolleginnen seines Amtes gewaltet. Dafür danken wir ihm alle. Wir wünschen ihm, daß auch er gesund aus den Ferien zurückkehrt, um mit neuer Kraft und neuem Eifer im Dienste des badischen Volkes die Geschäfte dieses Hauses zu leiten."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

i A. 5546

Präsident Kopf erwidert darauf:

„Ich danke dem Herrn Kollegen Marum und Ihnen allen, die Sie ihm zugestimmt haben, für diese anerkennenden Worte. Ich möchte aber die Anerkennung, die er ausgesprochen hat, auch übertragen auf die Herren Vizepräsidenten, die mich in der Führung meines Amtes unterstützt haben, und auch auf die Herren Sekretäre und auf den vorhin bereits erwähnten Herrn Direktor, der unsere Geschäfte und auch meine Geschäfte wesentlich gefördert hat. Ich will sie auch ausdehnen auf die übrigen Beamten des Landtages sowie auf die Herren Vertreter der Presse, auf die amtlichen und nichtamtlichen Berichterstatter und die Herren Stenographen, die ja während der Tagung des Landtags auch immer eine recht harte Arbeit zu leisten haben.

Wir werden nun in die Heimat zurückkehren. Ich glaube, wir haben nach den Anstrengungen der Tagung eine gewisse Ruhe und Erholung alle nötig. Ich wünsche auch Ihnen allen das, was der Herr Kollege Marum mir gewünscht hat, recht gute Erholung in den Sommerferien, und spreche die Hoffnung und den Wunsch aus, daß alle zusammen am 4. November — ev. zur Kommissionssitzung vorher — wohlbehalten und neu gekräftigt zu weiterer Arbeit für das Wohl des Landes zurückkehren werden. Das walte Gott!"

Schluß der Sitzung gegen ¾12 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident: Kopf.

Die Schriftführer: v. Gleichenstein. Weber.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK KARLSRUHE

1/1 6
VA. 3630